VR-01-134 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint)

Antragsteller*in: Martin Lüdders (KV Stade)

Titel

Ändern in:
Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint

Änderungsantrag zu VR-01

Von Zeile 133 bis 135 einfügen:
Mrd. Euro im Verkehr. Eine besonders große Treibhausgaswirkung geht von den Besteuerungstatbeständen aus. Des Weiteren sind die Kosten für die LNG-Terminals enorm und angesichts vollen Gasspeicher, sowie nicht ausgelasteten LNG-Terminals deutlich überdimensioniert. Deshalb müssen die Subventionen für fossile Infrastruktur neu geprüft und gestrichen werden. In vielen Fällen profitieren in erster Linie hohe Einkommen von staatlicher Unterstützung durch klima- und umweltschädliche

Begründung

Nach dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sind uns wichtige Erdgasquellen verloren gegangen, aufgrund der vorher von der GroKo geschaffenen Abhängigkeit vom russischen Erdgas. Dies führte zu einem starken Anstieg der Gas- und Strompreise durch hohe Versorgungsunsicherheiten.

Daraufhin hat die Bundesregierung beschlossen neue LNG-Terminals im Eiltempo an der norddeutschen Küste zu bauen, um die Versorgung zu sichern. Erst als schwimmende, mobile LNG-Terminals, die bei Bedarf wieder entfernt werden können und dann später mit stationären LNG-Terminals.

Jedoch haben sich nach den schwimmenden LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel, der Bau auf Rügen, in Stade und für ein zweites schwimmendes Terminal in Stade deutlich verzögert. In Stade ist dann aber nach mehreren Monaten Betrieb immernoch kein einziger LNG-Tanker angekommen. Deshalb steigen die Kosten für schwimmende LNG-Terminals an, aber tatsächliche Einnahmen bleiben durch eine niedrige Auslastung, außer in Wilhelmshaven und Brunsbüttel, aus. Für diese FSRU's entstehen Kosten von mindestens 6,05 Mrd. Euro. Dazu kommen noch Bundeskosten für das feste LNG-Terminal in Brunsbüttel, die nun auf 940 Mio. Euro gestiegen sind, weitere Subventionen und Garantien für andere Standorte, sowie die Kosten für Anbindungspipelines.

Für die Versorgungssicherheit sind diese aber deutlich überdemensioniert und sind auch nicht mit der Versorgung von anderer Nachbarländer zu erklären. Die Gasspeicher sind zu 98% gefüllt (Stand 23.10) und unsere Gasversorgung wird hauptsächlich über Norwegen, den Niederlanden, Belgien und weitere Nachbarländer gesichert, wobei die bereits vorhandenen LNG-Terminals nicht mal ausgelastet sind. Deshalb ist es unerklärlich, dass die Bundesregierung weiterhin Großkonzerne unterstützt Profite aus einer angeblichen Gasmangellage zu schließen mit kaum benötigten und kaum benutzten LNG-Terminals.

Es muss nun geprüft und hinterfragt werden, ob diese Subventionen und Garantien angemessen sind und gestrichen werden können. Denn für die Einhaltung der 1,5 Gradgrenze können wir uns kein Weiterso mit fossilen Subventionen erlauben!

weitere Antragsteller*innen

Clara Elisabeth Winkler (KV Erfurt); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Bettina Deutelmoser (BV Bundesverband); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Karla Deutelmoser (KV Stade); Thomas Bergen (KV Hannover); Wilfried Böhling (KV Stade); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Peter Wortmann (KV Stade); Dirk Paul Finkeldey (KV Aurich-Norden); Julia Hager (KV Bad Dürkheim); Evelyn Thies (KV Ulm); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Stephan Ferenz (KV Hannover); Karsten Finke (KV Bochum); sowie 46 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.